

Vorlage

Beratungsfolge:

Beratendes/r Gremium / Ausschuss
Ausschuss für Finanzmanagement

Zuständigkeit
zB

Betreff:

Eckdaten für den Haushalt 2008

Sachdarstellung: **Verwaltungshaushalt**

Ausgangsbasis für die Eckdatenermittlung 2008 war zunächst die Berechnung der voraussichtlich zur Verfügung stehenden Finanzmasse des Jahres 2008.

Die Gesamtentwicklung einschl. der Prognose für das lfd. Jahr 2007 stellt sich wie folgt dar:

in 2007 auszugleichender Fehlbetrag 2006:	8.945.700 €
prognostizierter lfd. Überschuss 2007:	- 418.200 € (gem. 1. Nachtrag 2007)
prognostizierter lfd. Fehlbedarf 2008:	3.662.300 €
Gesamtdefizit zum 31.12.2008	12.189.800 €

=====

Es bleibt festzustellen, dass trotz der in 2007 bisher bekannten Verbesserungen, die in den Nachtragshaushalt Eingang gefunden haben, die finanzielle Lage der Stadt Helmstedt unverändert als äußerst angespannt bezeichnet werden muss. Im Verwaltungshaushalt 2008 wird ein neues Defizit von rd. 3,66 Mio. € erwartet. Zusammen mit dem voraussichtlichen Gesamtdefizit gem. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 entsteht somit ein Gesamtfehlbedarf von voraussichtlich rd. 12,19 Mio. € zum 31.12.2008.

Die mit Beschlussfassung über den Haushaltplan 2007 auch bereits für 2008 festgelegten Haushaltssicherungsmaßnahmen wurden in die Budgetbemessungen für die einzelnen Fachbereiche eingearbeitet. Sie wurden von einzelnen Ausnahmen abgesehen (siehe angemeldeter Mehrbedarf der Fachbereiche) auch in die Haushaltsplanung 2008 übernommen.

Der lfd. Fehlbedarf des Jahres 2008 liegt zwar unter den Beträgen des Grundhaushaltes 2007 aber er weist gegenüber dem Ergebnis des Nachtrages 2007, der jedoch sehr durch Einmaleffekte in der Gewerbesteuer geprägt war, wieder ein Defizit aus. Die Ursache ist hier

jedoch weniger in den Budgets, sondern eher in den allgemeinen Deckungsmitteln aus der Finanzwirtschaft zu finden.

An wesentlichen Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben gegenüber den Ansätzen im Jahr 2007 (Nachtrag) sind somit beispielhaft zu nennen:

Einnahmen	Ansatz 2007 (NT)	Ansatz 2008	Veränderung
Grundsteuer A/B	2.731.800 €	2.737.000 €	5.200 €
Gewerbsteuer	8.000.000 €	5.500.000 €	- 2.500.000 €
Steuernachzahlungszinsen	1.050.000 €	50.000 €	- 1.000.000 €
Schlüsselzuweisungen (VwHh)	4.179.000 €	3.426.000 €	- 753.000 €
Hundesteuer	70.500 €	85.000 €	14.500 €
Umsatzsteueranteil	900.000 €	935.000 €	35.000 €
Einkommensteueranteil	6.400.000 €	6.650.000 €	250.000 €
Saldierte Einnahmeveränderung			- 3.948.300 €

Ausgaben	Ansatz 2007 (NT)	Ansatz 2008	Veränderung
Personalausgaben	8.572.700 €	8.436.500 €	- 136.200 €
Gewerbsteuerumlage	1.405.000 €	1.285.000 €	- 120.000 €
Zinsen Kassenkredite	300.000 €	550.000 €	250.000 €
Kreisumlage	9.085.100 €	9.259.000 €	173.900 €
Saldierte Ausgabeveränderung			167.700 €

Defizit des laufenden Jahres - 418.200 € 3.662.300 € 4.080.500 €

=====

=====

Während die Ausgaben 2008 gegenüber dem Nachtrag 2007 nahezu konstant bleiben, sinken die Einnahmen in der allgemeinen Finanzwirtschaft um ca. 4 Mio €. Dies basiert jedoch überwiegend auf den Einmaleffekten in der Gewerbesteuer 2007. Der Haushalt 2008 weist daher wieder ein erhebliches lfd. Defizit von 3,66 Mio € aus, sodass von einer Entspannung der Finanzlage der Stadt noch nicht die Rede sein kann.

Auf die Übersicht zur Finanzmasse und die Erläuterungen (Anlage 1) wird an dieser Stelle verwiesen.

Bemessung der Budgetsummen im Verwaltungshaushalt 2008

Die Bemessung der Budgetsummen 2008 orientierte sich an den Ansätzen des Grundhaushaltes 2007. Auf Basis dieser Ansätze und nach Abgrenzung von Einmaleffekten des Jahres 2007, sonstiger bekannter Änderungen sowie noch umzusetzender Haushaltssicherungsmaßnahmen erging die neue Budgetbemessung:

Fachbereich	Budget 2007	Haushaltssicherungsmaßnahmen und sonstige Anpassungen	Mehr/Minderbedarf lt. FB	Budgetsumme 2008
11	433.300 €	-102.400 €	83.100 €	414.000 €
12	2.408.600 €	19.600 €	49.400 €	2.477.600 €
23	- 395.000 €	30.500 €	52.500 €	- 312.000 €
24	228.500 €	-3.500 €	0 €	225.000 €

31	- 51.000 €	700 €	44.400 €	- 5.900 €
32	554.000 €	-219.800 €	0 €	334.200 €
	3.178.400 €	-274.900 €	229.400 €	3.132.900 €
n. b. FB (ohne Finanzmasse)	246.300 €	4.800 €	39.700 €	290.800 €

Insgesamt wurde gegenüber der ursprünglichen Bemessung bei den budgetierten Fachbereichen ein Mehrbedarf von 229.400 € geltend gemacht und anerkannt, der sich hinsichtlich der wesentlichen Veränderungen wie folgt begründet:

Der Fachbereich 11 hat einen Mehrbedarf von 83.100 € geltend gemacht, der insbesondere dadurch entstanden ist, dass statt der geplanten weiteren Reduzierung des Zuschussbedarfes des Brunnentheaters in Höhe von 70.000 € nur ca. 16.000 € umgesetzt werden konnte. Daneben wurden in diesem Bereich jedoch auch Personalkosten vermindert, so dass die Gesamteinsparung bei annähernd 30.000 € liegt. Des weiteren wird die aus dem Haushaltssicherungskonzept 2007 beschlossene Erhöhung der Entleihgebühren für Bücher (17.000 €) nur noch i.H.v. 4.000 € erfüllt, so dass hier eine Gesamteinnahme von 7.000 € in den Plan eingestellt wurde. Das ursprünglich vorgesehene Gebührenkonzept wurde nicht beschlossen. Die Teilnahme am Wettbewerb „Ab in die Mitte“ zur Innenstadtbelebung wird weitere Ausgaben i.H.v. 15.000 € (saldiert) verursachen.

Der Fachbereich 12 hat einen Mehrbedarf von insgesamt 49.400 € geltend gemacht. Im Produkt „Grundschulen“ wird eine um 6.000 € höhere Ausgabe für steigende Energiekosten sowie 2.800 € für die Aufnahme der Helmstedter Grundschulen in das Landesprojekt „Bildungsregion Braunschweig“ benötigt. Im Bereich der Kindertagesstätten werden 10.000 € für den Betrieb weiterer Krippen- und Hortplätze bei den kirchlichen Einrichtungen benötigt. Daneben wird davon ausgegangen, dass Energiepreiserhöhungen sowie die Aufnahme von Kindern unter 3 Jahren in altersgemischten Gruppen einen höheren Zuschussbedarf der bisher vorhandenen Betreuungsgruppen in Höhe von 15.000 € verursachen. Der Einsatz einer Honorarkraft im Jugendclub Barmke erfordert zusätzliche Mittel von 3.600 €. Im Maschstadion können die wegen Unfallgefahr notwendigen Pflasterarbeiten u. a. im Eingangsbereich mit einem Kostenaufwand von 7.000 € nicht aus dem laufenden Unterhaltungsaufwand bestritten werden. Der Betrieb des Waldbades erfordert eine Erhöhung der Verlustabdeckung um 5.000 € auf 300.000 €. Die für die Kooperation der Bäder im Landkreis Helmstedt notwendigen anteiligen Beratungskosten (10.000 €) sind in dieser Erhöhung bereits enthalten. Die für das Jahr 2008 kalkulierte Entgelterhöhung (siehe Finanzplanung 2007 für das Waldbad) wurde ebenfalls in die vorläufige Erfolgsplanung übernommen.

Im Fachbereich 23 sinken die Mieteinnahmen durch die zusätzlichen Immobilienverkäufe in 2007 weiter. Es können hier nur noch insgesamt Einnahmen in Höhe von 212.000 € und somit rd. 242.000 € weniger als 2007 erwartet werden. Die Mittel für die bauliche Unterhaltung und die Bewirtschaftungskosten können jedoch um 97.500 € reduziert werden,

so dass aus dem Überschussbudget insgesamt nur noch 312.000 € an den Gesamthaushalt abgeführt werden können.

Im Budget 24 konnte trotz Einführung des Atemschutzgeräteverbundes mit einem saldierten Aufwand von 4.000 € und Mehrausgaben insbesondere bei der baulichen Unterhaltung der Feuerwehr die vorgegebene Budgetgrenze eingehalten werden. Der Wegfall des einmalig für 2007 gewährten Zuschusses an den Hospizverein mit 3.500 € hat mit zu diesem Ergebnis beigetragen.

Da gemäß den Rahmenzielen 2006 -2011 vom Fachbereich 31 kurzfristig Bebauungspläne für die Bereiche „Pottkuhlenweg“ und „St. Annenberg“ erstellt werden sollen, müssen die Ausgaben für schalltechnische Gutachten und Bodengutachten im Rahmen der Ortsbauplanung auf 45.000 € angehoben werden. Für Baugebühren wird nach den Erfahrungen aus 2007 eine geringere Einnahme erwartet, die durch Minderausgaben für Prüfstatiker nicht vollständig ausgeglichen wird.

In den nicht budgetierten Bereichen hat sich ebenfalls ein Mehrbedarf von 39.700 € ergeben:

Für die ergänzenden Projekte zur Umsetzung des NKR und für die Erstellung der Eröffnungsbilanz waren zunächst Mehrkosten für Fremdleistungen von 25.000 € eingeplant. Eine Überprüfung hat ergeben, dass für die Grundlagenschulungen Doppik (mit Landkreis Helmstedt) sowie für Anwenderschulungen der Software insgesamt mit Ausgaben von 30.000 € zu rechnen ist. Diese Ausgaben setzen bereits voraus, dass ein Teil der Mitarbeiter hausintern geschult wird. Weitere 10.000 € werden für Gutachterkosten im Rahmen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 benötigt.

Der Fachbereich 21 hat einen Mehrbedarf von 10.500 € geltend gemacht. Dieser entsteht insbesondere durch erhöhten Schulungsbedarf für Brandschutzhelfer (3.000 €) sowie LOB - Fortbildungsmaßnahmen 6.000 €. Daneben hat auch der Wegfall von Ausbildungserstattungen (2.900 €) mangels entsprechender Beschäftigungsfälle zu einem erhöhten Zuschussbedarf beigetragen.

Die EDV -Kosten im Fachbereich 22 konnten nicht auf das im Haushaltssicherungskonzept genannte Maß reduziert werden, da für die Doppik im Hintergrund bereits die Module der Finanzbuchhaltung eingesetzt werden müssen. Daneben sind auch nach den bisherigen Erfahrungen höhere Ausgaben für die Beratung durch die KDO erforderlich. Insgesamt ist hier ein Mehrbedarf von 9.000 € erforderlich.

Die Einnahmen aus den Schuldendienstbeihilfen des Landkreises sinken, da ein Darlehn in 2007 turnusmäßig getilgt worden ist.

Vermögenshaushalt

Die Prioritätenliste wurde mit der Zielsetzung erstellt, die Maßnahmen des Vermögenshaushaltes auf das erforderliche Maß zu beschränken. Zur Finanzierung müssen

neben den laufenden Einnahmen auch die vorhandenen Rücklagemittel in Anspruch genommen werden.

Für die einzelnen Maßnahmen wurden von den Fachbereichen Prioritätenlisten erstellt und diese in Form einer budgetübergreifenden Prioritätenliste zusammengefasst. Diese Liste liegt zur Beratung als Anlage 4 zu dieser Vorlage vor.

Insgesamt wurden von den Fachbereichen 108 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von rd. 3,44 Mio € angemeldet, denen Einnahmen i.H.v. 1,87 Mio € entgegenstehen. Die dadurch entstehende Deckungslücke beträgt somit ca. 1,56 Mio €. Um die Rücklage nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, wurde ein Betrag von rd. 1,09 Mio € als vertretbare Entnahme angesehen. Dies hat zur Folge, dass nicht alle Maßnahmen durchgeführt werden können und zurückgestellt werden müssen. Somit können im Haushaltsjahr 2008 die Maßnahmen Nr. 1 bis einschl. Nr. 90 berücksichtigt werden.

Die Rücklage beträgt nach dieser Entnahme am 31.12.2008 voraussichtlich ca. 1,1 Mio €, sodass knapp 800.000 € noch für die Finanzierung der Investitionen in 2009 zur Verfügung stehen.

Beschlussvorschlag:

Für die Haushaltsplanung 2008 sind folgende Eckdaten zu beachten:

1. Budgetvorgaben:

Fachbereich	Verwaltungshaushalt	Summe	Vermögenshaushalt	Summe
11	Zuschuss	414.000 €	Zuschuss	168.500 €
12	Zuschuss	2.477.600 €	Zuschuss	490.500 €
23	Überschuss	- 312.000 €	Überschuss	- 255.000 €
24	Zuschuss	225.000 €	Zuschuss	58.400 €
31	Überschuss	- 5.900 €	Zuschuss	415.000 €
32	Zuschuss	334.200 €	Zuschuss	612.900 €
Gesamt	Budgetsumme:	3.132.900 €	Budgetsumme:	1.490.300 €
n.b. Bereich	Finanzmasse	-8.146.400 €	Neutral	0 €
10	Zuschuss	11.500 €	Neutral	0 €
13	Zuschuss	7.400 €	Neutral	0 €
14	Zuschuss	6.600 €	Neutral	0 €
20	Zuschuss	47.600 €	Neutral	0 €
21	Zuschuss	263.200 €	Zuschuss	79.800 €
22	Überschuss	- 45.500 €	Überschuss	- 480.500 €
Gesamt	n.b. Bereich	-7.855.600 €		- 400.700 €
SN 4	Personalbudget	8.385.000 €		0 €
lfd. Defizit 2008		3.662.300 €	Kapitalbedarf	1.089.600 €
Defizit Vorjahre		8.527.500 €	Rücklagenentnahme	1.089.600 €
Gesamtdefizit		12.189.800 €	Kreditbedarf	0 €

- Nachträgliche Mittelverlagerungen sind im Bedarfsfall aufkommensneutral zwischen den Budgets möglich.
- Eine Kreditaufnahme zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes 2008 ist nicht vorgesehen. Ein Ausgleich des Vermögenshaushaltes soll über eine Rücklagenentnahme in

Höhe von 1.089.600 € erreicht werden.

4. Die Prioritätenliste für den Vermögenshaushalt wird - wie in Anlage 4 dargestellt - bis einschl. der lfd. Nr. 90 (inkl. Verpflichtungsermächtigungen für 2008) beschlossen.
5. Eine prozentuale Übertragung von Budgetüberschüssen erfolgt unverändert nicht, um positive Budgetabweichungen vollständig zur Defizitreduzierung des Verwaltungshaushaltes einsetzen zu können.

(Eisermann)